

Pakistan sammelt Milliarden ein

USA verdreifacht Zahlungen · EU erhöht Nothilfe · Regierung fordert noch mehr Geld für Flüchtlinge und Antiterrorkampf

VON MAX BOROWSKI, BERLIN

Europa stockt seine Finanzhilfe für Pakistan noch einmal um 20 Mio. € auf. Das ist das Ergebnis des gestrigen EU-Pakistan-Gipfels in Brüssel. Damit erhöht die Union ihre Hilfszusagen für das Land in diesem Jahr auf mehr als 120 Mio. €. Wenige Tage zuvor hatte der US-Kongress beschlossen, seine jährliche Finanzhilfe für Pakistan auf rund 1,5 Mrd. \$ zu verdreifachen.

Kritiker bemängeln, dass Pakistan zu einem Fass ohne Boden für die internationale Gemeinschaft wird. Mit Milliardenhilfen versuchen vor allem die USA, das Land vor dem Chaos und die Regierung von Präsident Asif Ali Zardari vor dem Sturz zu bewahren. Die Atomkraft leidet unter der weltweiten Wirtschaftskrise, einer Anschlagswelle islamistischer Terroristen und einer Flüchtlingskatastrophe

infolge der Militäroffensive gegen die Taliban in Teilen des Landes.

Für Unmut in den USA sorgen jüngste Berichte, nach denen das Land sein Atomprogramm mit hohem finanziellem Aufwand ausbaut, während die Regierung gleichzeitig Hilfe von internationalen Geldgebern einsammelt. Zudem zahle nur eine kleine Minderheit in Pakistan Steuern auf ihr Einkommen, sagt Christian Wagner, Chef des Asienprogramms der Stiftung Wissenschaft und Politik. Rund ein Drittel des gerade vorgestellten Haushalts für nächstes Jahr wird mit ausländischen Hilfsgeldern bestritten.

Doch angesichts der Bedrohung, die von der zunehmenden Instabilität Pakistans ausgeht, habe die internationale Gemeinschaft keine andere Wahl als zu zahlen, sagt Wagner. Selbst einfache Bedingungen an die Hilfe zu knüpfen, wie das bei anderen Entwicklungsländern geschehe, sei schwierig. „Die Pakis-

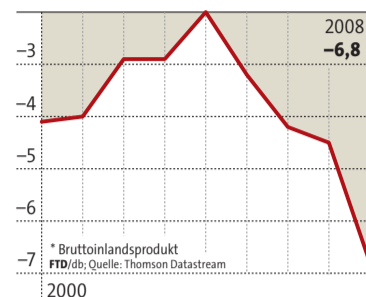
taner haben ein ganz anderes Drohpotenzial.“

So haben allein die USA seit den Anschlägen vom 11. September 2001 mehr als 10 Mrd. \$ an Pakistan gezahlt. Im April versprach eine Gruppe von Staaten, die sich „Freunde des demokratischen Pakistan“ nennt, auf einer Konferenz in Tokio Hilfen von insgesamt mehr als 5 Mrd. \$, um Islamabad bei Investitionen in die Infrastruktur, das Gesundheitssystem und die Bildung zu unterstützen.

Das war allerdings noch vor der Offensive gegen die Taliban im Swat-Tal im Mai. Seit der vom Westen lautstark begrüßten Militärfeldzug sind zu Pakistans Problemen rund zwei Millionen Flüchtlinge hinzugekommen. Die Uno spricht von der schlimmsten Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg, und Präsident Zardari meldete umgehend neuen Hilfsbedarf von rund 1 Mrd. \$ an. Im Interview

Geldnot

Haushaltssaldo Pakistans in % des BIPs*



mit der Financial Times erhöhte Außenminister Shah Mahmood Qureshi die Summe vergangene Woche noch einmal: Allein für den Wiederaufbau im Swat-Tal seien 2,5 Mrd. \$ nötig – bezahlen sollte das die Internationale Gemeinschaft. Die Regierung gab zudem am Montag bekannt, dass man eine weitere Kreditlinie beim Internationalen Währungsfonds beantragt habe –

zusätzlich zu den Milliarden, mit denen der Fonds das Land Ende vergangenen Jahres vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt hatte. Der Außenminister beschrieb auch noch einmal die Gefahr, die von den Taliban und anderen islamistischen Terroristen in Pakistan für die ganze Welt ausging, falls seiner Regierung nicht geholfen werde. „Die haben eine globale Agenda“, sagte Qureshi. „Man muss realisieren, dass das nicht Pakistans Problem ist. Es ist ein größeres Problem.“

Deutschland versprach Pakistan bisher 115 Mrd. € für dieses und das kommende Jahr. Darin sei allerdings auch schon vorher zugesagte Entwicklungshilfe enthalten, klagen pakistanische Diplomaten in Berlin. Man könne zwar nicht beurteilen, ob das für Deutschlands Finanzkraft angemessen sei. Um den Terror zu bekämpfen und „die Not in Pakistan zu lindern, reicht es allerdings nicht“. MIT BLOOMBERG

China bevorzugt einheimische Produkte

Deutsche Wirtschaft besorgt über „Buy Chinese“-Klausel

VON MONIKA DUNKEL, BERLIN

Die deutsche Wirtschaft ist in Sorge über die „Buy Chinese“-Initiative der Volksrepublik. „Es wäre fatal, wenn China nicht dem Beispiel anderer wichtiger Volkswirtschaften folgte, deren Konjunkturpakete keine Unterscheidung zwischen nationalen und internationalen Firmen machen“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Hans Heinrich Driftmann der FTD. „Gerade jetzt kommt es darauf an, für offene Märkte zu sorgen – die beste Medizin gegen die Wirtschaftskrise.“ „Das ist kein gutes Zeichen“, hieß es auch beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

China hat seine lokalen Regierungen zum 1. Juni angewiesen, bei Käufen nationale Produkte so weit wie möglich zu bevorzugen. Der jetzt erst veröffentlichte Hinweis der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission sowie acht weiterer Ministerien sieht vor, dass bei chinesischen Firmen eingekauft werden soll, sofern die gewünschten Produkte oder Dienstleistungen bei ihnen verfügbar sind.

Das Vorhaben Chinas könnte den weltweiten Abschottungsversuchen neuen Auftrieb geben. Die US-Regierung hatte Anfang des Jahres mit der „Buy American“-Klausel ein ähnliches Instrument einsetzen wollen, dieses aber nach heftigem Widerstand – darunter auch von China – zurückgezogen. Viele Regierungen sehen im Protektionismus eine Möglichkeit, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

„China gibt damit ein fürchterlich schlechtes Beispiel ab“, sagte der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann. „Es ist implizit eine Aufforderung an andere Länder, sich ebenfalls abzuschotten.“

Die deutschen Exporteure könnten die Diskriminierung schwer treffen: China gehört zu den größten Handelspartnern der deutschen Wirtschaft. 2008 stiegen die deutschen Exporte nach China um 14 Prozent auf 34,1 Mrd. €. Angesichts eines 420-Mrd.-€-Konjunkturpakets der Chinesen hatten viele Hoffnung auf neue Aufträge.

Die kommunistische Regierung reagierte auf Beschwerden über eine ungerechte Verteilung von Aufträgen. Ausländische Firmen sollten danach durch niedrige Zölle bevorzugt werden sein. Die EU-Kommission äußerte Bedenken gegen die „Kauf Chinesisch“-Klausel, zögerte jedoch, die Welthandelsorganisation (WTO) anzurufen. China ist Mitglied und darf ausländische Produkte nicht diskriminieren. Das Land hat aber nicht alle WTO-Abkommen unterzeichnet und kann bei staatlichen Anschaffungen Sonderkonditionen stellen.



Die „Familie“, eng verbandelt: Da sie der gleichnamigen Mafiaorganisation angehören sollen, hat Mexikos Generalstaatsanwalt in einer spektakulär angelegten **Polizeiaktion** (o.) 26 **Bürgermeister** und **Regierungsfunktionäre** (u.) verhaftet lassen



Geschäfte aus dem Gefängnis

► Mafiosi, die in Mexiko inhaftiert werden, müssen deshalb nicht unbedingt ihre Geschäfte aufgeben. Dies zeigt der Fall des Drogenhändlers Rigoberto Gaxiola, der seit 2003 in Haft sitzt und im vergangenen Jahr verurteilt wurde. Vom Gefängnis in Mexiko-Stadt kann er seine Geschäfte ungestört weiterbetreiben. Das US-Finanzministerium

identifizierte im vergangenen November 14 mexikanische Unternehmen, die von Gaxiola oder dessen Familie kontrolliert werden. Sie sind offiziell in den Sektoren Bergbau, Immobilien, Bau, Handel und Transport tätig. In den USA werden die Gesellschaften der Familie aber auf der sogenannten Kingpin-Liste geführt. Wer als US-Bürger mit ihnen Geschäfte macht, dem drohen in den USA Haftstrafen bis zu 30 Jahren und Bußgelder bis zu 10 Mio. \$. MATTHIAS KNECHT

Verhafteten für den Wahlkampf

Mexiko rühmt sich, zunehmend korrupte Beamte und Politiker zu entlarven. Dabei sind das oft nur Zufallserfolge

MATTHIAS KNECHT

Es war eine Verhaftung ganz nach dem Geschmack von Mexikos Fernsehpublikum. Vermutet, mit Schutzwesten und bis an die Zähne bewaffnet rückten Bundespolizisten an – und nahmen Ricardo Rubí fest, Direktor der staatlichen Industrieförderung im Bundesstaat Michoacán.

Er soll der dortigen Mafiaorganisation „Die Familie“ geholfen haben, ein Netz von Scheinfirmen zu spannen, um Drogengeld zu waschen. Darunter befinden sich auch Rehabilitationszentren mit dem Namen Gracitudo. Dort wurden Entführte festgehalten und gesuchte Verbrecher versteckt.

Gleichzeitig mit Wirtschaftsförderer Rubí ließ Mexikos Generalstaatsanwalt zehn Bürgermeister sowie 16 aktuelle und ehemalige Regierungsfunktionäre des zentralmexikanischen Bundesstaats festnehmen. Sie alle werden verdächtigt, ihre Dienste der „Familie“ verkauft zu haben. Die konservative Partei von Präsident Felipe Calderón jubelte über dieses „Warnsignal im Kampf gegen die politische Korruption“.

Skeptisch ist indes der Korruptionsexperte Edgardo Buscaglia. „Es reicht nicht, zehn Bürgermeister zu verhaften“, kritisiert der in Mexiko-Stadt lehrende Professor der US-Universität Columbia. Laut Buscaglias Untersuchungen gibt es derzeit in 72 Prozent der mexikanischen Kommunen und 78 Prozent aller Wirtschaftssektoren Mexikos Indizien für Korruption durch das organisierte Verbrechen, Tendenz steigend. Dabei teilen sich die „Familie“ und sechs weitere große Mafiaorganisationen das Land auf. Deren illegale Umsätze schätzt Buscaglia auf jährlich 100 Mrd. \$. Der frühere Uno-Berater ist überzeugt: „Ein guter Teil des Geldes fließt in politische Korruption.“

Mexikos Politik-Korruption beschränkt sich nicht auf Provinzbürgermeister, sondern reicht bis weit oben in Mexikos Staatsapparat. Spektakulärer Fall war die Verhaftung von Mexikos ehemaligem obersten Drogenbekämpfer Noé Ramírez. Das Kartell von Sinaloa soll ihm 450 000 \$ monatlich bezahlt haben, damit er über Ermittlungserkenntnisse seiner Behörde und anstehende Razzien berichtete.

Buscaglia glaubt, dass Fälle wie der von Ramírez nur die Spitze des Eisbergs sind. Denn fast alle bisherigen Verhaftungen im Zusammenhang mit politischer Korruption sind Zufallserfolge, die zudem juristisch auf wackligen Beinen stehen. Sie basieren auf Aussagen geschützter Kronzeugen, die weder der Öffentlichkeit noch den Angeeschuldigten selbst bekannt sind. „Es gibt keine sauber geführte kri-

minalistische Untersuchung, die zu den Verhaftungen geführt hätte“, kritisiert der Kriminalexperte. Insbesondere vermisst er die wirksame Waffe in der Korruptionsbekämpfung, nämlich die systematische Untersuchung der Vermögensverhältnisse Verdächtiger sowie den Einzug vermutlich illegal erworbenen Vermögens. In der EU und in den USA ist das Standard.

Ein allzu auffälliger Erfolg sind die jüngsten Verhaftungen in Michoacán kurz vor den Wahlen. Auch sie gründen lediglich auf der Aussage eines unbekannt, geschützten Zeugen.

Michoacán, Heimat von Präsident Calderón, wird bisher von der oppositionellen PRI dominiert. Ihr gehören sechs der zehn verhafteten Bürgermeister an. Zudem stammen die weiteren verhafteten Funktionäre aus dem Umfeld des PRI-Gouverneurs. „Das riecht nach Wahlkampf“, sagt Buscaglia.

Calderón nutzte denn auch die Gunst der Umstände und rief dazu auf, den „Krebs“ der Amtskorrup-

ANZEIGE

Verbesserte Regelungen durch Kurzarbeitergeld plus

Mit Kurzarbeit die Krise meistern.

www.einsatz-fuer-arbeit.de
0 18 05/67 67-12*

EINSATZ FÜR ARBEIT.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

*Festnetzpreis 14 Ct./Min.; Mobilfunkpreise abweichend.

USA planen Einbindung Moskaus in Abwehrradar

Die USA prüfen nach den Worten von Vize-Verteidigungsminister William Lynn die Einbeziehung russischer Radaranlagen in ein Raketenabwehr-System für Mitteleuropa. Damit bleibe es fraglich, ob die Pläne des vorherigen Präsidenten George W. Bush für Abwehrkomponenten in Tschechien und Polen als Schutz vor einem etwaigen iranischen Raketenangriff noch umgesetzt werden. Lynn wie auch führende Militärvertreter machten laut „Washington Post“ bei einer Kongressanhörung deutlich, dass die Integration russischer Radaranlagen nicht nur als Frühwarnsystem sehr hilfreich wäre. Eine Zusammenarbeit würde auch eine „diplomatische“ Botschaft an den Iran vermitteln, keinen militärischen Konfrontationskurs zu fahren. Nach den Bush-Plänen sollen in Polen Abwehrkomponenten stationiert und in Tschechien eine Radaranlage gebaut werden. Russland hat dagegen protestiert. Die Obama-Regierung selbst hat Zweifel an dem Projekt geäußert. REUTERS

Osteuropabank will Nabucco mitfinanzieren

Die Osteuropabank (EBRD) will den Bau der europäischen Gaspipeline Nabucco, die Europa unabhängiger von russischem Gas machen soll, mitfinanzieren. Der Direktor der Energie-sektion der Bank, Riccardo Puliti, sagte, er erwarte die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den beteiligten Regierungen noch im Juli. Danach könne die Förderbank das Projekt mit anschieben. „Wir wären gerne ein substanzialer Finanzierer im Rahmen eines internationalen Konsortiums aus internationalen Finanzinstitutionen und hoffentlich Geschäftsbanken“, sagte er gestern. Die Pipeline soll ab 2014 über eine Länge von 3300 Kilometer zunächst kaspisches Gas aus Aserbaidschan und Turkmenistan, später Gas aus dem Irak, Ägypten und dem Iran nach Europa bringen. Zu dem Unternehmenskonsortium gehören OMV aus Österreich, Bulgargaz, die deutsche RWE, MOL aus Ungarn, Rumänische Transgaz und Botas aus der Türkei. REUTERS, FTD

NGOs sollen in Russland leichter arbeiten können

Russlands Präsident Dmitri Medwedew will es Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erleichtern, in Russland tätig zu werden. Er brachte gestern eine Gesetzesvorlage im Parlament ein, die die Registrierung für NGOs vereinfachen soll. Die derzeitigen Bedingungen seien „eine Last“, sagte Medwedew. Sein Vorgänger Wladimir Putin hatte die Regeln für die Vertreter der Zivilgesellschaft erst vor drei Jahren verschärfen lassen. AP, FTD

Soldaten in Mali fallen im Kampf mit al-Kaida

Bei einem Gefecht mit mutmaßlichen Al-Kaida-Kämpfern nahe der algerischen Grenze sind nach malischen Angaben fünf Soldaten getötet worden. Sie seien mit ihrem Fahrzeug auf eine Mine gefahren. Auch mehrere militante Kämpfer seien getötet worden. An der Nordgrenze Malis werden mehrere Stützpunkte des Terrornetzwerks al-Kaida vermutet. AP, FTD